

i Fijáte!

Nachrichten •

Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 314

14. Juli 2004

10. Jahrgang

(K)ein schöner Land in dieser Zeit? Teil II

Nach der Darstellung des Vorschlags zur Integralen Agrarreform des *Nationalen Dachverbandes der BäuerInnenorganisationen*, CNOC, im letzten ¡Fijáte! berichten Leocadio Juracán und Salvador Cruz, Mitglieder des Politischen Rates der CNOC, sowie Helmer Velásquez, Führungsmitglied der CONGCOOP, dem *Dachverband der Nichtregierungsorganisationen und Kooperativen*, im Folgenden von der aktuellen Situation im Land aus Sicht der BäuerInnen. Dabei erläutern sie Aktionsmöglichkeiten, politische Einstellungen und Einschätzungen hinsichtlich der Agrar- und Fiskalpolitik des Staates von Seiten ihrer Organisationen und schildern zudem die konkreten Lebensumstände der vornehmlich indigenen BäuerInnen.

Frage: Welche Massnahmen oder Instrumente gibt es neben dem von Ihnen erbetenen Druck von internationaler Seite auf die guatemaltekische Regierung und den Finca-Besetzungen im Land selbst, die die BäuerInnen in der Hand haben, um die Regierung davon zu überzeugen, dass es eine "gute Idee" wäre, endlich die nötigen Reformen in der Agrarfrage zu implementieren?

Leocadio Juracán (CNOC): Unser Vorschlag soll im nächsten Jahr im erwähnten III. BäuerInnenkongress gebilligt werden. Gleichzeitig treffen wir jetzt bereits Massnahmen, damit unser Vorschlag auch von Seiten der Gesellschaft akzeptiert wird. In diesem Zusammenhang sind wir auf der einen Seite dabei, eine soziale Allianz zu schaffen mit anderen sozialen Bewegungen im Land, anderen BäuerInnengruppen, Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen, Forschungszentren, die sich alle in der Diskussion um das Thema Land vereinen.

Auf der politischen Seite sind wir gegenüber den politischen Parteien zweifellos im Nachteil. Denn die derzeit stärksten politischen Kräfte im Kongress identifizieren sich hinsichtlich des Reformvorschlags zum Kataster eher mit dem Vorschlag der Agrarkammer.

Die einzigen, die gewisse Sympathien gegenüber unserem Entwurf bekunden könnten, sind die Parteien *Nationale Revolutionäre Einheit Guatemalas* (URNG) und die *Allianz Neue Nation* (ANN), aber die stellen eine Minderheit im Kongress.

Frage: Haben diese sich denn bereits öffentlich geäussert?

L.J.: Nicht so offen nach dem Motto: „Wir unterstützen den Landreformvorschlag der CNOC“.

Helmer Velásquez (CONGCOOP): Sie reden vom „Recht auf Land“.

L.J.: Wir sind derzeit dabei, gewisse, auch formale Annäherungen zu diesen politischen Parteien zu starten, ihnen den Reforminhalt zu präsentieren und sie um Rückendeckung zu bitten. Anschliessend erst können wir einschätzen, wie sie letztendlich zu unserem Vorschlag stehen.

Frage: Hinsichtlich Ihrer Initiative, Allianzen in der Zivilgesellschaft zu suchen: Wie nehmen Sie das Klima wahr, schliesslich gibt es noch andere Interessensgruppen wie die

Lehrerschaft, die Busfahrer, es gibt so viele Gruppen, die ihre eigenen Interessen verfolgen, mit eigenen Problemen konfrontiert sind und ihre Forderungen der Regierung unterbreiten. Besteht eine Solidarität zwischen diesen Gruppen und läuft es im Endeffekt auf den strategischen Versuch hinaus, durch gemeinsame Aktionen mit mehr Masse aufzuwarten und die Zivilgesellschaft an sich zu repräsentieren? Überwiegt dabei das gemeinsame Interesse oder dominieren doch die individuellen Anliegen?

L.J.: Es gibt zahlreiche Sektoren, die zum Thema der Agrarreform arbeiten, der BäuerInnensektor, der Indígena-Sektor. Der Gewerkschaftssektor unterstützt das Ganze dabei eher. Und dann sind da die Nichtregierungsorganisationen wie die *Plataforma Agraria*, die CONGCOOP, die ganz offen den Vorschlag unterstützen und sogar in Bezug auf die fachlichen Fragen uns zur Seite stehen. Es gibt also durchaus Sektoren, die sich mit unserem Vorschlag identifizieren. Daneben gibt es jedoch auch noch einige Gruppierungen, bei denen wir noch Überzeugungsarbeit leisten müssen. Wobei wir auch klarstellen müssen, dass der Vorschlag nicht auf CNOC-eigene Interessen beschränkt ist, sondern nationale Bedeutung hat.

Salvador Cruz (CNOC): Uns ist als CNOC ganz klar, dass wir es alleine nicht schaffen würden. Erst die Einheit verschafft Stärke. Viele Jahre lang hat jeder Sektor für seine eigenen Entschädigungen gekämpft.

Frage: Aber besteht denn diese Allianz bereits?

S.C.: Ich habe den Eindruck, dass wir mit unseren Bemühungen auf einem guten Weg sind und die ersten gemeinsamen Artikulationen erarbeiten.

L.J.: Es sind schon einige gemeinsame, punktuelle Aktionen veranstaltet worden. Eine weitere ist die Nationale Demonstration vom 8. Juni (siehe ¡Fijáte! 313, das Interview fand im Vorfeld statt – die Red.). Bei dieser Veranstaltung auf nationaler Ebene werden sich diverse Sektoren zusammenschliessen, die BäuerInnen, Indígenas, Gewerkschaften, um gemeinsam die Regierung aufzufordern, die Finca-Räumungen zu stoppen, den Festnahmen von BäuerInnen Einhalt zu gebieten, also ein erster Versuch, auf dieser Ebene eine nationale Allianz aufzubauen.

Frage: Oscar Berger hat einige Leute in seinem Team, von denen man behaupten könnte, dass sie ein gewisses soziales Interesse oder einen entsprechenden Hintergrund haben. Zum Beispiel Frank LaRue, der ehemalige Direktor des Menschenrechtszentrums CALDH, heutiger Präsidentialer Menschenrechtsbeauftragter, oder auch die Friedensnobelpreisträgerin Rigoberta Menchú, jetzt Botschafterin des guten Willens zur Umsetzung der Friedensverträge, sind Mitglieder der Regierung und äussern sich durchaus auch zu politischen Fragen. So ja Rigoberta Menchú in Bezug auf den Fiskalpakt, indem sie die Annäherung Bergers an die FRG rechtfertigt. Sehen Sie für diese Personen sowie auch beispielsweise den indigenen Kulturminister Einflussmöglichkeiten, bzw. wie schätzen Sie deren eigene Interessen hinsichtlich solcher überhaupt ein?

H.V.: Nun, unseres Erachtens sind sie eben einzelne Personen in der Regierung. Sie stellen keine Strömung dar. Sie sind Personen mit wenig Gewicht. Mit wenig Gewicht in solchen Fragen wie der Agrarreform. Sie sind in Genf, in New York; beim Treffen von Berger mit George W. Bush war Rigoberta anwesend...

Frage: Um das Bild zu wahren?

H.V.: Sagen wir, sie haben eine eher diplomatische Funktion inne und sind dafür zuständig, Ressourcen für die Umsetzung der Friedensverträge zu beschaffen, vielleicht auch für die Bereiche einiger kultureller Rechte. Aber in Fragen wie der Agrarreform haben sie nicht den geringsten Einfluss.

Der Vizepräsident Eduardo Stein, der eine Perspektive bei den Wahlen darstellte, steht heute ohne jegliche Macht dar. Er gründet sich eben nicht auf ein konkretes politisches Projekt. Hinter ihm stehen keine Abgeordneten. Er hat vielleicht ein paar Freunde. Aber wir sehen keine Hoffnung dafür, dass das eine demokratische Strömung sein könnte. Sie sind natürlich auch keine schlechten Leute. Aber der harte Kern der realen Macht liegt ganz klar in den Händen der Bourgeoisie, der Oligarchie des Landes. Von diesen werden wir nicht viel erwarten können.

Frage: Aber irgendwie muss sich doch die Regierung zu Ihren Forderungen verhalten.

H.V.: Es wird einen Rundtisch für Debatten geben. Wir werden auf jeden Fall daran teilnehmen, aber werden uns nicht der Illusion hingeben, der Rundtisch könne das Problem lösen. Dennoch muss man diesen Raum ausnutzen.

Bei der letzten Mobilisierung standen beispielsweise auf der anderen Sei-

te Frank LaRue, Marta Altolaquirre, Hugo Beteta, die die BäuerInnen empfangen. Also gute Leute. Doch so weit sie sich auch der Sache verpflichten, sie haben keine Entscheidungsbefugnis, sie können die Anträge nur weiterleiten, sie sind gewissermassen Vermittelnde.

Diese Rundtische sind ein solcher Mechanismus. Zum Beispiel wurde jetzt auch wieder der Rundtisch zur Ländlichen Entwicklung wiederbelebt, der zwischenzeitlich aufgelöst war. Und auch an diesem werden wir ganz sicher teilnehmen.

Frage: Haben diese Rundtische Entscheidungsgewicht?

H.V.: Nun, es sind Dialoge, von denen wir hoffen, dass sie gewisse effektive Resolutionen hervorbringen, die, so unser Ansinnen, verbindliche Funktion haben sollen.

Beim letzten Intersektoralen Dialogrundtisch haben wir, die CNOC, die *Plataforma Agraria* und andere Interessierte teilgenommen und haben uns mit den Grossgrundbesitzenden unterhalten, die sich bereit erklärt hatten, an dem Dialog teilzunehmen. Allein die Tatsache, mit ihnen zu diskutieren, stellt für uns einen Anfang dar. Natürlich versprechen wir uns nicht davon, dass dieser neue Rundtisch auf einmal tiefgreifende Resolutionen verabschiedet. Aber über die Finca-Räumungen, die Konfliktivität zu debattieren, kann vielleicht schon etwas bringen. Wir haben schon so viele Dialoge geführt, deswegen sind wir nicht allzu optimistisch. Dennoch sollten wir diese Tische nicht meiden. Das wäre politisch ein grosser Verlust für die BäuerInnenbewegung. Auch vor der Internationalen Gemeinschaft wäre es nachteilhaft, nicht an diesen Dialogen teilzunehmen.

Frage: Wie nehmen Sie das Interesse der Internationalen Gemeinschaft wahr; Ihren Agrarreformvorschlag zu unterstützen? Was haben Sie bislang für Erfahrungen auf ihrer Europa-Reise gemacht?

L.J.: Ich würde behaupten, dass die Unterstützung von Seiten der Zivilgesellschaft, der Nichtregierungsorganisationen, ein bisschen stärker ist.

Frage: In Form von moralischer Unterstützung oder bezieht diese auch Aktionen mit ein?

L.J.: Wir suchen auf unserer Tour vor allem politische Unterstützung. Also Rückendeckung für den Reformvorschlag. Und gerade die Zivilgesellschaftsgruppen, mit denen wir uns bislang zusammengesetzt haben, zeigten die Offenheit und Bereitschaft dazu.

Von der Regierungsseite – nun es

gab auch keine Ablehnung. Aber es herrschte eher die Intention, dass man sich erst einmal mit den Botschaften sprechen müsste, die in der Region oder dem Land wären. „Sprechen Sie mal mit denen“ und „wir werden auch mal sehen, was wir hier tun können“, war meist, was uns gesagt wurde. Die Regierungen haben also nicht direkt Verpflichtungen übernommen, aber eben auch keine direkte abschlägige Antwort gegeben. Wir hoffen natürlich weiterhin, dass sie etwas für uns tun können.

Frage: Wie nehmen Sie von Seiten der CNOC im Rahmen der aktuellen Situation und der Diskussion um den Fiskalpakt die Haltung und Oppositionseinnahme von Seiten der Parteien UNE und PAN wahr? Manch einer beurteilt die Entscheidung Bergers, sich für die Durchsetzung des Pakts Ríos Montt und der FRG genähert zu haben, auch als so genanntes „Freischwimmen“ von der Oligarchie und dem Unternehmerflügel. Denn auch die UnternehmerInnen sind schliesslich nicht mit diesem Steuervorhaben einverstanden.

L.J.: Unseres Erachtens stellt der neue Fiskalpaketvorschlag zudem keine Massnahme dar, die der armen Bevölkerung und somit der Mehrheit des Volkes zustatten kommt.

Frage: Das wurde doch auch als Argument für den Austritt aus dem Regierungspakt genannt.

L.J.: Das war ein Aspekt. Auf der anderen Seite stellte diese Aktion ganz klar den Beweis dafür dar, dass es sich bereits um den Start der nächsten politischen Wahlkampagne von bestimmten Beteiligten handelt. In dem Zusammenhang galt es also, sich von der Allianz zu distanzieren, um als "der Gute" dazustehen und die Interessen des Volkes zu vertreten. Das ist zum Beispiel der Fall bei dem Militär Otto Pérez, dem Ex-Sicherheitsbeauftragten und Chef der *Patriotischen Partei*, der mit dieser aus der Regierungskoalition der GANA austrat wegen der Probleme, die er auch mit der *Republikanischen Front Guatemalas* (FRG) gehabt hat. Aber gerade das ist eben der Beginn der Kampagne von Otto Pérez, der sich als Präsidentschaftskandidat in vier Jahren rüstet.

Frage: Und wie sieht die Haltung der CNOC direkt zum Fiskalpakt aus?

L.J.: Hinsichtlich des Fiskalpaketes gibt es unseres Erachtens einige Aspekte, die ausser Acht gelassen wurden. Er stellt somit keine Steuerreform dar, die dem Land wirklich zu Gute kommt. Zum Beispiel wird gesagt, dass die Mehrwertsteuer zwar nicht erhöht wird, sondern bei den anvisierten 12% bleiben soll.

Aber es wird eine Steuer von 3% erhoben, die den Zwischenhändlern auferlegt wird. Die Zwischenhändler werden jedoch diese Belastung auf die EndkonsumentInnen weiterleiten. Also müssen wir dann doch 15% an Steuern zahlen. Es gibt keine direkten Steuern. Und das ist das Problem, dass letztendlich doch all das auf die Armen geladen wird, was die Reichen nicht bezahlen wollen.

Wir halten also den Fiskalvorschlag für nicht sehr vorteilhaft für die Bevölkerung. Er wird noch mehr Armut mit sich bringen.

Auf dem Land müsste der Mindestlohn einer Familie mit sechs, sieben Personen laut einer Studie des UN-Entwicklungsprogramms PNUD bei 80 Quetzales (ca. US-\$ 10) täglich betragen. Doch das gesetzlich festgelegte Einkommen liegt bei 30,90 Quetzales (ca. US-\$ 3,90). Und noch nicht einmal das wird bezahlt! Es werden weiterhin zwischen 15 und 20 Quetzales am Tag bezahlt. Zusätzlich gibt es viele Arbeitslose. Und das bringt zum Beispiel vermehrte Migration mit sich. Sowohl vom Land in die Städte als auch ins Ausland, vornehmlich nach Mexiko. Dadurch verschärft sich die Situation der Bevölkerung, die in Armut und in extremer Armut lebt, ungemein. Und das sind viele, vor allem indigene BäuerInnen.

Frage: Sie kommen erneut auf die arme Bevölkerung, gerade die BäuerInnen zu sprechen, die weder Geld noch Mittel hat, zu überleben. Wie sieht denn im Zusammenhang mit den Finca-Räumungen das tagtägliche Überleben der Menschen aus, die um das Land kämpfen, schliesslich die Fincas besetzen, aber, wie Sie selbst sagen, einen Zeitraum von Monaten überbrücken müssen?

L.J. Das ist eine sehr schwierige Situation. Wir haben eine Studie durchgeführt, um just die Situation dieser indigenen BäuerInnenfamilien zu untersuchen. Das Ergebnis zeigt, dass viele der Eltern eine Zeitlang gar nichts mehr essen, um immerhin die Kinder zu ernähren. Dabei besteht die tägliche Kost der Familien ohnehin lediglich aus Tortillas, mit Salz oder Chili. Ab und zu finden sie vielleicht noch ein paar wilde Kräuter in den Wäldern. Es ist also ein einziger Überlebenskampf für die Familien auf dem Land.

In Guatemala fragt man auf dem Land nicht, ob man sich ernährt habe, sondern ob man sich gefüllt habe. Denn bei der Kost kann man wahrlich nicht von einer ausgewogenen Ernährung sprechen. Es gibt sogar Dörfer im Quiché, Huehuetenango, Las Verapaces, dort hat man den Kindern eine Art gel-

ben Chili gegeben, der der Tomate ähnelt, auf dem Feuer geröstet; sie haben noch nicht einmal Tortillas und Salz bekommen! Die Situation ist viel krasser, als gemeinhin bekannt. Und in dieser findet der Kampf ums Land statt. Allein der Wunsch, diese Situation zu ändern, gibt wohl die Kraft für den Kampf. Die Leute machen also diese Aktionen nicht vor dem Hintergrund, dass sie über gewisse Ressourcen verfügen, sondern um überhaupt an diese heranzukommen.

Unser Land hat lange im Krieg gelebt. Doch die jetzige Situation ist dennoch eine historische, eine strukturell und durch das politische System bedingte. Die Tatsache Bauer zu sein, der Fakt keinen Zugang zu einer „Entwicklung“ zu haben, ein gesichertes und ausreichendes Einkommen zu haben hat zur Folge, in Konditionen extremer Armut zu leben. Kein Zugang zu Bildung zu haben, zu Gesundheitseinrichtungen, eben zu Ernährung, Kleidung – das sind für viele die realen Lebensumstände im bestehenden System. Und das existiert seit Jahrhunderten, seit dem Beginn des Anbaus von Kaffee, von Baumwolle, Zuckerrohr. Der, der daran immer verdient hat und weiterhin verdient, ist der Land-

besitzende, die Unternehmerschaft, der Handel. Deswegen wollen diese keine Steuern zahlen, sie haben schliesslich noch nie welche gezahlt. Wenn wir hingegen mit dem Fiskalpaket nicht einverstanden sind, dass der Bevölkerung schadet, da diese gar nicht erst über die Ressourcen verfügt, diese zu zahlen, wird von der Seite, die die Mittel hat, behauptet, dass die Bevölkerung halt nicht will. Um natürlich auch nicht zu sagen, dass sie es sind, die keine Steuern zahlen wollen.

Frage: Die Agrarfrage betrifft natürlich das gesamte Land, da der Grossteil Guatemalas ländlich ist. Doch gibt es Regionen, die besonders betroffen sind?

L.J.: Am stärksten sind die Departements Huehuetenango, Quiché, die Verapaces betroffen und auch der Osten. Aber auch an der Südküste, wo die meisten Arbeitenden auf den Fincas beschäftigt sind, ist die Situation gravierend.

Vielen Dank für das Gespräch!

Entschädigungskommission eingesetzt

Guatemala, 8. Juli. Nachdem Präsident Oscar Berger bereits im April Rosalina Tuyuc von der Witwenorganisation CONAVIGUA als neue Leiterin der Nationalen Entschädigungskommission für Kriegsoffer (CNR) vorgeschlagen hatte und die Monate seither damit vergangen sind, die Mitglieder der Kommission zu bestimmen, wurde Tuyuc am 7. Juli endlich vereidigt und der Kommission ein Startkapital von 30 Mio. Quetzales (knapp 4 Mio. US-\$) überreicht. Gemäss Tuyuc ist aber mindestens der zehnfache Betrag notwendig, um die Forderungen der Opfer und ihrer Hinterbliebenen zu erfüllen.

Anlässlich der offiziellen Vereidigung der Kommission, entschuldigte sich Präsident Berger im Namen der guatemalteckischen Regierung vor den Opfern und Hinterbliebenen. In ihrer Antrittsrede als Leiterin der CNR sagte Tuyuc: „Das Leben unserer liebsten Menschen, die wir verloren haben, kann nicht durch Geld ersetzt werden. Da es aber Leute im Solde des Staates waren, die sie umgebracht und zum Verschwinden gebracht haben, hat der Staat die Verantwortung, uns individuell oder kollektiv zu entschädigen. Wenn der Präsident heute um Verzeihung bittet, liegt es nicht an mir zu sagen, dass wir verzeihen. Dies ist ein langwieriger Prozess und ich hoffe, dass einmal der Moment kommt, wo uns die Menschenrechtsverletzer, die der Verbrechen gegen die Menschlichkeit angeklagt sind, gegen-

überstehen und uns von Angesicht zu Angesicht um Verzeihung bitten. (...) Herzlichen Dank an Präsident Berger für diese erste Teilfinanzierung unseres Projekts. Damit können wir den ersten Schritt machen und die Daten der Opfer zusammentragen. Diese Angaben müssen wir nicht erfinden, sie sind sowohl im Bericht der Wahrheitskommissionen CEH und REMHI vorhanden und auch wir Menschenrechtsorganisationen haben unsere Dossiers. Wir hoffen, dass dies der Beginn dessen ist, worauf die Opfer mit Sehnsucht warten.“

Der CNR gehören nebst Rosalina Tuyuc sieben VertreterInnen von Menschenrechtsorganisationen (davon vier von der *Instancia Multisectorial*, drei vom *Nationalen Versöhnungskomitee*) und sechs RegierungsvertreterInnen an.

Unklar ist, woher das weitere Geld für das Funktionieren der Kommission und für die einzelnen Wiedergutmachungsprogramme kommen soll. Die Regierung hat in einem cleveren Schachzug nämlich die Entschädigung der ehemaligen Zivilpatrouillisten (Ex-PAC) und die Entschädigung der Kriegsoffer in ein und das selbe Paket gesteckt und wollte für die Finanzierung dieser beiden Programme – einmal mehr – staatliche Wertschriften, so genannte *bonos*, veräussern. Der Kongress verwarf diesen Vorschlag, was sowohl die Zahlungen an die Ex-PAC in Frage stellt, was ja durchaus erfreulich ist, aber eben auch die Mittel für die CNR.

Berger und die Gewalt

Guatemala, 6. Juli. Oscar Berger kann auf sein erstes halbes Jahr als Präsident von Guatemala zurückschauen. Ein bewegtes halbes Jahr, denken wir an die aufgedeckten Korruptionsfälle, die Haftbefehle und ausgeführten Verhaftungen im Falle korrupter ehemaliger Regierungsmitglieder, die Spaltung der Regierungallianz GANA, die Reduktion der Armee. Denken wir aber auch an die Massendemonstrationen der sozialen Bewegungen im Zusammenhang mit der Landproblematik und der Steuerpolitik, die Entschädigungsforderungen der ehemaligen Zivilpatrouillen auf der einen sowie der Opfer des Krieges bzw. ihrer Angehörigen auf der anderen Seite.

Das grösste Problem, mit dem die Regierung jedoch konfrontiert ist und das sie überhaupt nicht in den Griff zu bekommen scheint, ist die Gewalt. Momentan sind die Editoriale und LeserInnenbriefseiten aller Zeitungen voll mit Kritik und Kommentaren zur Unfähigkeit der Regierung, greifende Massnahmen zu implementieren. Auch Briefe von Freundinnen, Freunden und Bekannten aus Guatemala drücken eine allgemeine oder sehr konkrete Besorgnis über die zunehmende Gewalt aus. Bereits wird das vor allem in der Hauptstadt verbreitete Klima der Gewalt mit der gezielten Repression seitens der Regierung während des bewaffneten Konflikts verglichen. „Es ist wie damals: Wenn du am Morgen das Haus verlässt, verabschiedest du dich von deiner Familie, als wäre es das letzte Mal, niemand weiss, ob du am Abend wieder nach Hause kommst“, war in einem Leserbrief zu lesen.

Gemäss der Menschenrechtsorganisation *Gruppe gegenseitiger Hilfe GAM* haben die Morde nicht nur in ihrer Anzahl zugenommen, sondern auch in ihrer Brutalität; viele Opfer werden vor ihrer Ermordung gefoltert oder vergewaltigt. In ihrer Statistik über die ersten sechs Monate dieses Jahres zählt die GAM 956 gewaltsame Morde.

Dies ist zahlenmässig und im Vergleich zu den letzten Jahren sicher eine Zunahme. Treffen kann es offensichtlich jeden und jede, sei es als Benutzerin des öffentlichen Verkehrs, als Fahrzeuglenker an einer roten Ampel oder bei der Einfahrt in einen Parkplatz, sei es als Handybenutzerin oder als Benutzer eines Bankautomaten.

Die Regierung hat es bisher nicht geschafft, erfolgreiche Massnahmen zu ergreifen, die Polizei scheint der Sache nicht gewachsen zu sein bzw. sind deren Angehörige oft selber in die Verbrechen involviert und auch die kombinier-

ten Patrouillen von Militär und Polizei können die Gewalt nicht eindämmen. Gleichzeitig verfolgt die Presse mit einem offensichtlichen Voyeurismus diese „Unglücksfälle und Verbrechen“ und schlägt sie auf ihren Titelseiten breit. All dies lässt die Frage aufkommen, wer denn ein Interesse an diesen Gewalttaten und dem dadurch verbreiteten Klima der Angst und Verunsicherung hat.

Viele Leute sind sich unterdessen einig, dass die Sache System hat und von gewissen „dunklen“ oder „parallelen“ Kräften wenn nicht bewusst gesteuert, so doch befürwortet und gefördert wird. Der Menschenrechtsaktivist Miguel Angel Albizures von der *Allianz gegen Straflosigkeit (ACI)* spricht gar von einer gezielten sozialen Säuberung. Hinweise dafür sieht Albizures in den oft ähnlichen Verletzungen und Folterspuren, die an den Opfern auszumachen sind und die klar auf eine geplante Aktion schliessen lassen.

Angesichts dieser Situation ist das Interview mit der Tageszeitung *Prensa Libre*, in dem Präsident Oscar Berger sein erstes halbes Jahr als Staatsoberhaupt resümiert, der reine Hohn. Wir zitieren es im Folgenden Ausschnittweise.

Frage: Wie haben Sie das Land vorgefunden?

Oscar Berger: Ich dachte, die Gelegenheit wäre weniger kompliziert. Wir mussten die Institutionen reorganisieren, die Korruption verfolgen, die Steuerreform vorantreiben und die Polizei „säubern“. Wir hatten viel damit zu tun, überhaupt die Probleme und Schwierigkeiten zu identifizieren.

Frage: Was ist denn das grösste Problem?

O.B.: Wir sind natürlich besorgt über die Gewalt. Wir konnten 250'000 *mareros* (Angehörige von Jugendbanden) registrieren. Ehrlich gesagt war ich mehr Feuerwehrmann als Präsident. Wir haben überall „Feuer“ löschen und verhindern müssen, dass sich das „Böse“ im Land nicht ausbreitet. Wir waren vorwiegend damit beschäftigt, alte Wunden zu heilen.

Frage: Werden Sie die Massnahmen noch verschärfen?

O.B.: Wir sind fast permanent im Gespräch mit dem Sicherheitskabinett. Wir sind in den verschiedenen, als risikoreich identifizierten Stadtteilen präsent und durchsuchen gezielt Wohnungen. Doch es scheint, dass es nicht genügt. Mit Präsenz allein kann die Gewalt nicht verhindert werden. Ein unsicheres

Land ist auch nicht attraktiv für ausländische InvestorInnen. All das führt in einen Teufelskreis und zu Konsequenzen, die für die Bevölkerung von Nachteil sind.

Frage: Könnte man sagen, dass ihre Regierung keine klare Strategie in Sachen Gewaltbekämpfung hat?

O.B.: Es ist schwierig zu sagen, ob wir eine klare Richtung verfolgen oder nicht. Wir bemühen uns aber sehr, die Sicherheitskräfte zu stärken und die Bevölkerung im Kampf gegen die Gewalt zu organisieren. Es ist schwierig zu sagen, ob die kombinierten Patrouillen erfolgreich sind oder nicht. Gewalt ist ein Problem, das man nicht von heute auf morgen lösen kann und ich habe nie behauptet, dass es nach sechs Monaten keine Delinquenz in Guatemala mehr geben werde.

Frage: Eigentlich wäre es aber bereits während Ihrer Wahlkampagne ein absehbares Problem gewesen.

OB: Ich habe nie gedacht, dass es so schlimm ist. Ich habe mir gesagt: Wir übernehmen die Regierung und ich erkenne SpezialistInnen für jedes Thema. Doch einmal an der Macht, haben wir gemerkt, dass gar kein Geld vorhanden ist, um irgendetwas zu machen. Unterdessen sieht das anders aus und ich hoffe, wir können in einem halben Jahr eine Bilanz darüber ziehen, ob wir erfolgreich sind oder nicht.

¡Fijáte!

**Herausgegeben von:
Solidarität mit Guatemala e.V.**

Bankverbindung:

Postbank Karlsruhe

BLZ: 660 100 75

Kto. -Nr.: 32 95 01-751

Aboverwaltung:

Ewald Seiler

Rahel-Varnhagen-Str. 15

79100 Freiburg

fijate@web.de

Redaktion:

Barbara Müller

Christiane Treeck

c-tree@gmx.net

Jahres-Abo: 55.- €

Auslands-Abo: 60.- €

E-Mail-Abo: 50.- €

Erscheinungsweise

14-täglich.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

Finanzpakt unter Dach und Fach

Guatemala, 22. Juni. Nach monatelangem Hin und Her wurden Ende Juni relativ unspektakulär die als „Finanzpakt“ bekannten Steueranpassungen vorgenommen. Dabei ging es um eine Reform der Einkommenssteuer (ISR) und um die Einführung einer Ausserordentlichen und temporären Steuer zur Unterstützung der Friedensabkommen (IETAAP). Im selben Zuge wurde auch die Alkoholsteuer heraufgesetzt. Die Erhöhung der Einkommenssteuer betrifft nur Personen, die mehr als 3'000 Quetzales (ca. 370 US-\$) pro Monat verdienen. Unternehmen hingegen können wählen, ob sie 5% des Bruttoertrags oder 31% des Nettoertrags abliefern wollen. Auf Kapitalgewinn steht eine Steuer von 7%. Für die Überprüfung der Einhaltung des Gesetzes ist die Steuerbehörde (SAT) zuständig.

Im Falle der IETAAP handelt es sich um eine Massnahme, die für die Zeit von drei Jahren eingeführt wird. Ihr Steuerfuss ist degressiv von 2,5% im ersten bis 1% im dritten Jahr. Dafür wird eine andere Steuer abgeschafft, die, rechnet man genau, mehr Einnahmen generierte als die neue „Friedenssteuer“.

Unterstützt haben die Steuerreform die Kongressabgeordneten der GANA, FRG, UNE, ANN, DIA und der Unionistas. Die PP enthielt sich der Stimme, dagegen ausgesprochen haben sich die PAN, die DCG und die URNG.

Die Annahme des Finanzpakets ist für Präsident Oscar Berger mit hohen politischen Kosten einhergegangen (die Vorwürfe, er lade zwar die Zivilgesellschaft dazu ein, ihre Vorschläge zu präsentieren, diese jedoch nicht zu berücksichtigen, der Skandal, als er sich mit Efraín Ríos Montt zum Kaffeetrinken traf, um ihn und die FRG zur Unterstützung des Paktes zu bewegen, der darauf folgende Rücktritt von Sicherheitskommissar Otto Pérez Molina, etc.). Das Ergebnis dieses langen Hin und Her ist aber eher bescheiden, und es wird unmöglich sein, mit diesen Massnahmen den Staatshaushalt zu sanieren. So wird nicht anderes übrig bleiben, als, wie Finanzministerin María Antonieta de Bonilla bereits ankündigte, die sozialen Ausgaben zu kürzen.

Die Reaktionen auf die abgesegneten Steuern waren unterschiedlich: Auf Seiten der Gewerkschaften atmete man

auf, konnte immerhin verhindert werden, dass der *bono 14* und der 13. Monatslohn versteuert werden müssen. Gleichzeitig wird aber von diesem Sektor bemängelt, dass die UnternehmerInnen die grossen GewinnerInnen seien. Die Alkoholsteuer sei auch nach der Erhöhung immer noch niedriger als sie im Jahr 2002 war, als die Steuerbehörde über die Alkoholbesteuerung 304 Mio. Quetzales einnahm, während mit den neuen Massnahmen nur 170 Mio. erwartet werden.

Die UnternehmerInnen ihrerseits fühlen sich betrogen und drohen Entlassungen an. Je mehr Steuern sie bezahlen müssten, desto weniger könnten sie sich um andere Dinge wie Investitionen kümmern. Weiter seien sie auch zusätzlich durch die vom Verfassungsgericht angeordnete Gehaltserhöhung, die sie ihren ArbeiterInnen bezahlen müssten, betroffen.

Obwohl alle sich über die neuen Steuern beklagen, ist man sich insofern einig, dass ärmere Bevölkerungsschichten besser abschneiden, als wenn man die Mehrwertsteuer heraufgesetzt hätte, was für einmal noch verhindert werden konnte.

Aktionen gegen Gewalt

Guatemala, 4. Juli. Überfälle auf öffentliche Transportmittel, Mord und Gewalt dürfen nicht zu einem Bestandteil des täglichen Lebens werden. Dieser Meinung ist Sergio Morales, Leiter der *Ombudsstelle für Menschenrechte* (PDH) und will in diesen Tagen offiziell eine *Front gegen die Gewalt* gründen. Ziel dieser Initiative ist, die Bevölkerung zu organisieren und motivieren, dass sie sich mit gewaltfreien Aktionen gegen die Gewalt wendet und auf die Regierung dahingehend Druck ausübt, dass diese eine Verbesserung der öffentlichen Sicherheit garantiert. „Wir wollen die Leute auf die Dynamik der Gewalt sensibilisieren und eine soziale Alternative von Widerstand gegen diese Gewaltspirale promovieren“. Als Teil der Kampagne will die PDH auch eine „Megademonstration“ in der Hauptstadt organisieren, zu der alle Leute eingeladen sind, die ein Zeichen gegen die Gewalt setzen wollen. Die *Front gegen Gewalt* will aber nicht nur die Bevölkerung sensibilisieren, sondern auch Lobbyarbeit auf Regierungsebene betreiben sowie konkrete Vorschläge zur Gewalteinämmung zu Händen von Präsident Berger, dem *Sicherheitsrat* (CAS) und der Staatsanwaltschaft einreichen.

Ihre Mitarbeit bei der *Front* haben bisher die katholische und die evangelische Kirche, verschiedene Menschenrechtsorganisationen, Gewerkschaften und StudentInnenvereinigungen zugesichert.

Iduvina Hernández, Mitglied des CAS, begrüsst die Initiative. Es sei ein

Recht der BürgerInnen, von der Regierung die Garantie ihrer Sicherheit zu verlangen. Weiter unterstützten solche Aktionen auch die Position und die Standpunkte des CAS, meinte Hernández.

Auch Innenminister Arturo Soto zeigte sich begeistert über die Gründung der *Front gegen Gewalt*. Muss er wohl fast, musste er doch am 8. Juli während mehr als sechs Stunden den Kongressmitgliedern der *Nationalen Revolutionären Einheit Guatemalas* (URNG) Rede und Antwort stehen, um über die Massnahmen Auskunft zu geben, die er als verantwortlicher Minister unternommen hat. Offenbar beharrte Soto auf seiner Meinung, die Gewaltstatistik sei im Jahr 2004 zurückgegangen.

Eine spektakuläre Aktion gegen die Gewalt hingegen plant der Karikaturist Werner García für den 21. Juli: Er will eine einen Kilometer lange Papierrolle während drei Tagen mit Bildern gegen die Gewalt bemalen bzw. bemalen lassen. Eingeladen zum Mitmalen ist jedermann. Unterstützt wird die Aktion von der Stadtverwaltung und der Fakultät für Architektur der Universität San Carlos. García startete bereits im April ähnliche Aktionen, indem er eine Toilettenpapierrolle bemalte mit dem Ziel, ins Guinnessbuch der Rekorde kommen wollte. Diese Idee verfolgt er mit seiner neuesten Aktion jedoch nicht, sondern er will vor allem junge Leute dazu motivieren, ein Gefühl der Solidarität für die Opfer von Gewalt zu entwickeln und sie zu einem aktiven Widerstand gegen die Gewalt animieren.

„Wir sind Menschen und haben Rechte“

Guatemala, 5. Juli. Unter diesem Namen startete die *BürgerInnenkoordination für sexuelle Vielfalt* (CCDS) eine Kampagne, deren Ziel es ist, die Bevölkerung über die zivilen und juristischen Rechte von homo-, bi- und transsexuellen Menschen zu sensibilisieren. Gemäss Claudia Acevedo von der CCDS sind diese Personen einer ständigen Diskriminierung auf der sozialen, rechtlichen und wirtschaftlichen Ebene ausgesetzt, und werden von der Bevölkerung, den staatlichen Institutionen und der Privatwirtschaft marginalisiert. Dazu kommt die körperliche Misshandlung bis hin zur gezielten Ermordung von Homo-, Bi- oder Transsexuellen. Im Verlaufe dieses Jahres wurden 18 Morde an Transvestiten registriert, im gesamten letzten Jahr waren es 20.

Vielfach werden Personen, die sexuelle Vielfalt leben, von der eigenen Familie verleugnet oder ausgestossen, sie sind in den Schulen und den religiösen Gemeinschaften sowie vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen. Ursache für diese Diskriminierung ist laut Acevedo die Fehlinformation über die Lebensrealitäten dieser Menschen, die von den Medien und vom Erziehungssystem verbreitet werden, ebenso die Ignoranz der Gesellschaft, die im „anderen“ eine Gefahr sieht.

Fortsetzung S. 6

"Wir sind Menschen..."

Ziel der Kampagne ist es ausserdem, Menschen, die sexuelle Vielfalt leben, sichtbar zu machen und aufzuzeigen, dass ihre Erfahrungen, Sicht- und Lebensweisen eine Bereicherung für die guatemalteckische Gesellschaft darstellen könnten.

Die CCDS will eine Justizreform erreichen, welche die Rechte der sexuell vielfältigen Menschen schützt und will der Legislative im August eine entsprechende Gesetzesinitiative vorlegen. Dieses Gesetz gegen die Diskriminierung wegen sexueller Orientierung soll mit-helfen, die Morde an Schwulen und Lesben, an Transvestiten und Transsexuellen zu verringern, ebenso wie die Selbstmorde von Jugendlichen, die von ihren Familien wegen ihrer sexuellen Orientierung nicht akzeptiert werden.

Zur Lancierung der Kampagne und anlässlich des *Internationalen Tags der sexuellen Vielfalt* startete die CCDS diverse Aktivitäten, unter anderem einen Lesben-Schwulen-Filmzyklus sowie eine Kulturnacht und die Teilnahme an der traditionellen Schwulen-Lesben-Demo am Christopher-Street-Day vom 26. Juni, der in Guatemala zum fünften Mal mit einer farbenfrohen Karawane durch die Innenstadt gefeiert wurde.

Am 5. Juli wurde ein Homosexueller in seinem Hotelzimmer in der Zone 1 ermordet aufgefunden. Er war ein Vertreter der guatemalteckischen Schwulenbewegung und Mitorganisator der Demonstration vom 26. Juni.

Weissgewaschen

Paris, 2. Juli. Guatemala wurde von der „schwarzen Liste“ der nichtkooperierenden Länder bei der Bekämpfung der internationalen Geldwäsche gestrichen. Dies entschied die *Finanzermittlungsgruppe* (Financial Action Task Force FATF/GAFI) bei ihrer dies-jährigen Versammlung. Neben Guatemala befanden sich auf der schwarzen Liste klassische Geldwaschestaaten wie die Cook Islands und Myanmar, sowie Länder wie Indonesien, die Philippinen und Nigeria. Die GAFI existiert seit 1989, ihr Sekretariat ist der *Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung* OECD in Paris angegliedert. Guatemala befand sich seit 1999 auf der „schwarzen Liste“ und wird offenbar auch jetzt, nachdem es davon gestrichen ist, unter aufmerksamer Beobachtung stehen.

Gemäss Douglas Borja von der *Verwaltungsbehörde der guatemalteckischen Banken* (SB) könne Guatemala als ein Vorbild genommen werden in Sachen Bekämpfung der Geldwäsche. Man erhofft sich, mit der Streichung von der Liste das internationale Ansehen zu ver-

Internationale Finanzinstitute: Nichts aus der Geschichte gelernt

Guatemala, 8. Juli. Organisierte Indigenafamilien in San Marcos wehren sich dagegen, dass die Goldmine in ihrer Region mit Geldern der Weltbank unterstützt wird. Sie werfen dem Finanzinstitut Doppelmoral vor, finanziert sie doch mit dem Geld aus der einen Tasche Darlehen für die Verbesserung des Gesundheitssystems und mit Geld aus der anderen Tasche unterstützt sie Projekte, die ein immenses Gesundheitsrisiko für die Bevölkerung mit sich bringen.

Vor 20 Jahren finanzierten die *Interamerikanische Entwicklungsbank* (IDB) und andere Finanzinstitutionen den Bau des Staudamms Chixoy in Alta Verapaz. Das ursprüngliche Budget für dieses Projekt umfasste US-\$ 200 Mio., am Ende kostete das Megaprojekt mehr als 2 Milliarden US-\$. Ausser den Massakern und Vertreibungen, die im Zusammenhang mit diesem Bauprojekt begannen, brachte es auch massive schädliche Einflüsse auf das Ökosystem und die Umwelt mit sich. Zur Rechenschaft gezogen wurde bisher niemand.

Die *Internationale Finanzkorporation* (IFC), der unternehmerische Arm der Weltbank, hat nun ein Darlehen über US-\$ 45 Mio. für den Goldabbau in San Miguel Ixtahuacán, San Marcos, bewilligt, ohne dass die Weltbank sich dazu geäussert hätte. Die Minenbetreiberin, die *Montana Exploradora*, eine Toch-

terfirma der kanadischen *Glamis Gold Ltd.*, will im Jahr 2006 von der Explorations- in die Exploitationsphase treten.

Für den Goldabbau in San Marcos braucht es stündlich 250'000 Liter Wasser. Es wird Zyanid gebraucht, eine je nach Dosis tödliche chemische Substanz. Die Hügel werden abgeholzt, die Bevölkerung wird unter gesundheitlichen Schwierigkeiten leiden. Und entgegen anders lautender Informationen seitens der Minenbetreiber, bringt der Bergbau der Region weder Arbeitsplätze noch Wohlbefinden. Das abgebaute Gold wird abtransportiert, gemäss Berechnungen des Unternehmens kostet der Abbau einer Unze Gold weniger als US-\$ 100 und wird auf dem Goldmarkt für rund US-\$ 400 verkauft.

Die einzigen Begünstigten von diesem Projekt sind die Minenbetreibenden. Seit das Unternehmen 1996 in San Miguel und Sipacapa zu arbeiten begonnen hat, wurden 135 lokale Personen eingestellt, davon 80 bloss temporär. Ebenso wurden zwei Schulen gebaut und zwei Lehrer eingestellt. Dafür beuten sie das Land auf einer Fläche von 6 km² aus, das z.T. auf unredliche Art der Bevölkerung „abgekauft“ wurde. Vertraglich mit dem guatemalteckischen Staat festgelegt wurde der Abbau auf 1 km².

Anders als im goldfernen Heimatland der Abbaufirma, Kanada, wo dem Staat 12% des Gewinnes zukommt, wird Guatemala gerade einmal 1% der Erlöse des im eigenen Land abgebauten Goldes sehen. Neben den zu erwartenden Gesundheitsschäden, wurde die lokale Bevölkerung schon im Vorfeld in ihren Rechten verletzt. Sieht doch der von Guatemala ratifizierte Artikel 169 der *Internationalen Arbeitsorganisation* (ILO) vor, dass die Regierung selbst vor jeglicher Invasion in ein Gebiet die lokale Bevölkerung konsultieren muss, sowie diese in die Planung sowohl des Vorhabens als auch der finanziellen Gewinne mit einbeziehen muss. Zwar habe *Montana* in Ansätzen eine solche Konsultation durchgeführt, doch könne diese die Pflicht des Staates nicht ersetzen, so der Leiter der lokalen Bürgerrechtsorganisation AEPDI aus El Estor, denn auch hier ist *Montana* im Auftrag der IFC Gold-explorierend aktiv. Die gesetzlich festgelegte Umweltverträglichkeitsprüfung weist grobe Fehler und Unklarheiten auf, heilige Maya-Stätten, die im Einzugsgebiet liegen und zum Teil Jahrtausendalte Wandgemälde hüten, würden durch die Abbaupraktiken zerstört werden, so die AEPDI.

bessern, günstigere Bedingungen, vor allem bei Zinsen von Darlehen, aushandeln können und generell attraktiver zu werden für ausländische Investitionen. Borja gehe es aber nicht nur darum, von der Liste gestrichen zu werden, sondern auch darum, effektiv etwas gegen das „Übel“ der Geldwäsche zu tun.

Ins selbe Horn stösst Finanzministerin Antonieta de Bonilla, die bei einer Pressekonferenz erklärte, die guatemalteckische Regierung werde auch in Zukunft alles tun, um Transparenz in Geldgeschäften zu garantieren und Korruption und Geldwäsche zu bekämpfen.

Allgemein geht man davon aus, dass der „Erfolg“ der Regierung von Oscar Berger anzurechnen ist, der als einer seiner ersten Amtshandlungen die Verfolgung einiger offensichtlicher Korruptionsfälle veranlasste. Aktuell sitzen verschiedene Ex-Funktionäre der vorherigen Regierung im Gefängnis, angeklagt der Geldwäsche, während andere, wie z.B. der ehemalige Präsident Alfonso Portillo oder der ehemalige Chef der Steuerbehörde (SAT), Marco Tulio Abadío, vor der Justiz flüchtig sind.